

# Niederschrift

## über die 3. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft

**Sitzungstag:** 16.02.2022  
**Sitzungsort:** Foyer des Theaters Am Dannhalm  
**Sitzungsdauer:** 16:34 Uhr bis 19:34 Uhr

### Teilnehmerverzeichnis:

#### Vorsitzende

Vredenborg, Elke

#### Stellvertretende Vorsitzende

Montigny, Bettina

#### Ausschussmitglieder

Albers, Udo

Beckmann, Sina

Bollmeyer, Matthias, Dr.

Harjes, Olaf

Hartwig, Marcus

#### Grundmandat

Theemann, Hendrik

#### Verwaltung

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

Hagedstedt, Uwe

Rüstmann, Dietmar

Schepers, Rieke

Protokollführerin

#### Gäste

Brüggemann, Guido

Carius, Florian

Mester, Stefan

Oltmanns, Bernd

Seetzen, Hartmut

Tammen, Marisa

Firma WattManufactur zu TOP 8

Nationalparkverwaltung Nds. Wattenmeer zu  
TOP 6

Firma WattManufactur zu TOP 8

Nationalparkverwaltung Nds Wattenmeer zu  
TOP 6

Kreislandwirt zu TOP 6

Landkreis Friesland, Regionalplanung zu  
TOP 8

### Entschuldigt waren:

# Tagesordnung:

## Öffentlicher Teil

### TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 16:34 Uhr.

### TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Die **Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

### TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 9.1 erweitert worden ist. Die Tagesordnung wird sodann mit dieser Erweiterung beschlossen.

### TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die **Vorsitzende** erklärt, dass **sie** die Sitzung erst einmal für die Fragesteller unterbrechen wolle, die keine Fragen zum TOP 6 „Beitritt zum Biosphärenreservat“ stellen möchten. Für alle anderen wolle **sie** die Sitzung dann erneut im Rahmen des TOP 6 unterbrechen. Dieser Vorschlag findet die Zustimmung des Ausschusses. **Sie** unterbricht sodann die Sitzung für die allgemeine Einwohnerfragestunde. Ein Einwohner stellt eine Frage, die von der Verwaltung beantwortet wird. Sodann eröffnet **die Vorsitzende** die Sitzung erneut.

### Zuständigkeit des Rates:

### TOP 6. Beitritt der Stadt Jever zum Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer Vorlage: BV/0086/2021-2026

Die **Vorsitzende** berichtet, dass es am 07.02.2022 bereits eine Informationsveranstaltung per Videokonferenz für alle Ratsmitglieder zum Thema Biosphärenreservat gegeben habe. Mithilfe dieser Videokonferenz, der gut vorbereiteten Vorlage und dem angefertigten Protokoll mit Anlage der Präsentation haben sich alle Ratsmitglieder umfassend über das Thema informieren können. **Sie** begrüßt zu dem Tagespunkt Herrn Carius und Herrn Oltmanns von der Nationalparkverwaltung Wattenmeer und Herrn Seetzen als Vorsitzenden des Kreislandvolks.

**Herr Carius** bedankt sich für die Einladung und erläutert anhand der dieser Niederschrift beigelegten Präsentation, was ein Biosphärenreservat ist und wie die Stadt Jever Teil dessen werden könne. **Er** betont dabei, dass das Konzept seitens der UNESCO seit 1992 weiterentwickelt wurde. Es müsse zwischen dem allgemein bekannten Biosphärenreservat und der hier gemeinten Biosphärenregion als Modellregion für nachhaltige Entwicklung unterschieden werden. Es werde eine konzeptionelle Neuaufstellung mit den Kommunen für einen institutionellen Rahmen für nachhaltige Entwicklung angestrebt. **Herr Carius** betont, dass die Entscheidung über den Beitritt bei den kommunalen Gremien liege und es sich seitens der Nationalverwaltung lediglich um ein Angebot handle. Mit jeder Kommune würde ein Kooperationsvertrag geschlossen werden. Darüber hinaus zeigt **er** die Fördermöglichkeiten auf. Außerdem wird erneut erklärt, dass es sich bei der Entwicklungszone nicht um das Biosphärenreservat im Sinne des § 25 BNatSchG handle. Es seien keine Einschränkungen absehbar und den Kommunen werde nicht in ihre hoheitlichen Befugnisse eingegriffen. Ferner berichtet **er** von den Austrittsmöglichkeiten.

**Die Vorsitzende** bedankt sich für den Vortrag und gibt das Wort weiter an **Herrn Seetzen**, da seitens des Ausschusses keine Fragen zum Vortrag von Herrn Carius vorliegen.

**Herr Seetzen** führt aus, dass auch die Ängste der Landwirtschaft angehört werden müssten. Die Sorgen kämen aus den Erfahrungen der letzten Jahre. Auch bei dem Konzept bezüglich der Vogelschutzgebiete aus dem Jahr 1992 sei gesagt worden, dass keine Einschränkungen auf die Landwirte zukämen. Es sei 15 Jahre lang ruhig gewesen, bis die EU neue Gesetze erlassen habe, die zu Nachteilen für die Landwirtschaft geführt hätten. Dies konnte man zwar seinerzeit gut mit dem Landkreis regeln; Landschaftsschutzgebiete seien aber trotzdem entstanden. Aufgrund der Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln seien viele Flächen ruiniert und **er** frage sich, was folglich mit den Flächen passieren solle. Über den Link am Ende des Informationsflyers habe **er** den Informationen entnehmen können, dass die Kommune zukünftig außerdem eine halbe Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten schaffen solle. Dies sehe **er** als erstes Zeichen an, dass die Folgen des Beitritts nicht freiwillig, sondern vorgeschrieben seien. Außerdem sei zu entnehmen, dass Entwicklungszonen gesichert werden sollen, woraus **Herr Seetzen** schließt, dass neue oder geänderte Gesetze durch die Region entwickelt werden. **Er** hofft, dass nun verständlich sei, warum die Landwirte starke Bedenken haben.

**Herr Carius** betont, dass die Sorgen der Landwirte ernst genommen werden und Erfahrungen der letzten Jahre nicht weg zu diskutieren seien. In Deutschland herrsche eine föderale Verfassung, welche die hoheitliche Sicherung für Schutzgebiete in die Kompetenz der Länder gebe. In Bayern gebe es auch schon Regionen, welche nicht durch das BNatSchG gesichert seien. Bund und Land seien sich hier einig, dass die Sicherung durch die bestehenden Gesetze ausreiche. Die Kooperationsvereinbarung werde vom Bürgermeister unterschrieben und werde an die UNESCO gesandt, welche diese auch anerkenne. Das Thema Nachhaltigkeit sei nicht neu, weshalb der Aspekt bzgl. der halben Stelle oft bereits umgesetzt sei. Klimaschutzbeauftragte seien grundsätzlich sinnvoll, auch ohne Koppelung an das Reservat. Außerdem müsse beim Thema Pflanzenschutz stark zwischen der Kern- und Entwicklungszone differenziert werden. Diese Unterscheidung sei auf Bundesebene bekannt.

**Die Vorsitzende** unterbricht die Sitzung um 17:19 Uhr.

Den Landwirten **Holger Helmerichs**, **Bernd Melchers** und **Hilmar Beenken** wird ebenfalls die Möglichkeit gegeben ihre Bedenken zu äußern.

**Die Vorsitzende** eröffnet die Sitzung wieder um 17:28 Uhr und erteilt das Wort den Ausschussmitgliedern.

**Herr Udo Albers** teilt mit, dass die SWG den möglichen Beitritt kritisch betrachte. Der Sinn und Zweck sei unklar und ein Beitritt werde als Einstieg für weitere Einschränkungen für die Landwirtschaft gesehen. Die Entwicklung der Stadt solle durch solche Projekte nicht weiter eingeschränkt werden. Der Beitritt habe einen Charakter, weshalb diese wichtige weitreichende Entscheidung nicht übereilt werden sollte. Die Stadt Jever gehöre bereits der Initiative „Echt Grün“ an und sollte sich daher für die Landwirtschaft einsetzen. In diesem Zusammenhang passe es nicht zusammen, nun der Erweiterungszone des Biosphärenreservats beizutreten. Die Argumente der Landwirte sollten ernst genommen und ausführlich besprochen werden. Große Projekte im Wangerland zeigen laut **Herrn Udo Albers** auf, dass Investoren im Bereich Tourismus viel genehmigt, den einzelnen Landwirten in ihren Vorhaben jedoch weitere Steine in den Weg gelegt werden. Der Berufsstand Landwirtschaft müsse sich immer neuen Einschränkungen beugen; so sei gerade erst mühsam der „niedersächsische Weg“ verhandelt worden und nun ziehen erneut dunkle Wolken auf.

Der Vorwurf den Beitritt zu überstürzen widerlegt **die Vorsitzende**, in dem sie darauf hinweist, dass sich die Gremien der Stadt bereits vor 2 Jahren mit dem Thema befasst haben. Damals sei dies nicht gewollt gewesen. Außerdem werde nicht in die Planungshoheit der Kommune eingegriffen.

**Herr Theemann** kann den Sinn eines Beitritts nicht nachvollziehen. Zunächst sei nichts zu erwarten, Veränderungen werden jedoch kommen. **Er** hinterfragt, ob der Beitritt nötig sei. In derzeit bestehenden Arbeitskreisen werde Vieles bereits aufgegriffen und auch dort könnten für bestimmte Themen Fördermittel in Anspruch genommen werden. Durch ein weiteres Label würde man sich verzetteln und thematisch überschneiden. Die zentrale Schwierigkeit sei ein Umsetzungsproblem der Stadt Jever. Landwirte benötigen Verlässlichkeit und sollten nicht wie Laborratten in einem Experiment behandelt werden.

**Herr Dr. Bollmeyer** schließt sich in einigen Punkten seinen Vorrednern an, möchte jedoch an die Gesichtspunkte für die Entscheidung von vor 2 Jahren erinnern. Ohne die emotionalen Argumente der Landwirte wiederholen zu wollen weist **er** darauf hin, dass die CDU die Stadt Jever nicht als unmittelbaren Küstenrainer sehe. Anhand verschiedener Projekte weist **er** auf, dass das Miteinander zur Förderung einer nachhaltigeren Stadt dennoch gut sei. Der Beitritt sei allenfalls in Form einer Bürgerbeteiligung vorstellbar, in welcher man sich ausführlich mit dem Thema befassen könne, ohne einen Beitritt zu übereilen. Hierzu stelle er einen entsprechenden Antrag.

**Herr Harjes** sieht die Ängste der Landwirte und weist in Folge dessen auf die Folie Nr. 18 aus der Präsentation hin. Hier werde verdeutlicht, dass, falls sich die Gesetze zu Lasten der Landwirtschaft ändern sollten, ein automatischer Austritt vertraglich geregelt sei. Außerdem verweist **er** auf den Zeitungsartikel in dem über Sorgen der Landwirte berichtet wird, welche eine ökologische Aufwertung der Flächen durch Photovoltaik befürchten. Ein Beitritt würde lediglich die Unterstützung des Biosphärenreservates hervorheben. Der Zusammenhalt mit der Landwirtschaft solle weiterentwickelt werden. Klar sei, dass auf den Höfen nicht mehr wie früher gearbeitet werden könne, ein ständiges Wachsen sei künftig jedoch auch kein Weg. Die Heimat zu schützen sei kein Nachteil.

**Frau Beckmann** betont, dass eine nachhaltige Landwirtschaft von Jedem gewollt sei. Die Ziele sollen im Einvernehmen mit der Landwirtschaft verfolgt werden. Ein Gegeneinander sei nicht zielführend. Durch den Beitritt zur Entwicklungszone des Biosphärenreservats werden viele Bereiche angesprochen, nicht nur die Landwirtschaft. Auch **Sie** als Unternehmerin werde, wie jeder andere mit immer neuen Veränderungen konfrontiert. Dies sei anfänglich oft beschwerlich, bietet jedoch oft neue Chancen. Das Biosphärenreservat suche nach einer Lösung für die gewünschte Nachhaltigkeit. Dies sehe **sie** nicht als Nachteil, sondern als Vorteil. Das auferlegte Label könne wirtschaftlich genutzt werden. Beschlossen sei ohnehin bereits, dass die Stadt Jever einen Klimaschutzbeauftragten bekomme, der die aufkommenden

Aufgaben übernehmen könne. Wohlwissend, dass der SPD-Minister Olaf Lies das Zeitfenster für einen Beitritt erneut geöffnet hat, sei von Ihrer Fraktion der Antrag gestellt worden.

**Herr Dr. Bollmeyer** formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

**„Das Thema ‚Beitritt der Stadt Jever zum Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer‘ wird in einem Bürgerbeteiligungsformat öffentlich thematisiert, bevor ein entsprechender Beschlussvorschlag formuliert wird.“**

Der Beschlussvorschlag wird mit 3-Ja und 4-Nein Stimmen abgelehnt.

**Die Vorsitzende** verweist auf die Beschlussempfehlung aus der Vorlage und lässt darüber abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

***Die Stadt Jever tritt der Entwicklungszone für das Biosphärenreservat „Wattenmeer“ bei.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 4 Nein 3

**Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:**

**TOP 7. Pop-Ups Alter Markt; Entscheidung  
Vorlage: BV/0085/2021-2026**

Nach einer Unterbrechung der Sitzung von 17:51 bis 17:58 Uhr eröffnet **die Vorsitzende** die Sitzung wieder und erklärt einführend, dass die Meinungen zu diesem Thema bereits ausführlich ausgetauscht worden seien.

**Herr Dr. Bollmeyer** führt aus, dass Herr Hartwig in der letzten Sitzung darauf hingewiesen habe, dass die Anschaffung der „Pop-ups“ nicht nachhaltig sei. Seine Fraktion habe sich mit der Thematik ausgiebig beschäftigt. Es sollen 3 dieser „Pop-ups“ angeschafft werden, um die Mindestfördersumme von 50.000,00 Euro zu erreichen. Man wisse aber nicht, wie diese weiter verwendet werden sollen, wenn eine andere Gestaltung des Alten Marktes erfolge. Zudem sei die Fläche im Bereich des Alten Marktes nicht eben, so dass hier eine zusätzliche Gründung erforderlich sei. Aus der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die dort vor 2 Jahren erst angeschafften Bänke nicht mehr gut aussähen. **Er** schlägt vor, statt der Anschaffung dieser „Pop-ups“ die Initiative „Gärten in der Innenstadt“ wiederaufleben zu lassen. Dieses mache mehr Sinn und käme den örtlichen Firmen, die sich daran beteiligen, zugute.

**Herr Dr. Bollmeyer** verweist zudem auf ein E-Mail von Frau Casper an die Ratsmitglieder. Frau Casper habe sich mit diesem Thema auch auseinandergesetzt und darauf hingewiesen, dass diese Pop-ups wegen der fehlenden Rückenlehnen für das inklusive Leben nicht empfohlen werden können. Andererseits spreche sich die Denkmalpflege gegen Bänke mit Lehnen aus. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

**Die Vorsitzende** verweist auf einen Leserbrief in der Presse, wonach man die Höhe der Bänke beachten solle. Nun gehe es aber darum die Ausschreibung durchzuführen. Bei den Bildern, die der letzten Sitzungsvorlage beigefügt gewesen seien, habe es sich um Beispiele gehandelt.

**Herr Harjes** begrüßt die Idee, die Initiative „Gärten in der Innenstadt“ wieder aufleben zu lassen. Zusätzlich sollten aber die „Pop-ups“ angeschafft werden.

**Herr Udo Albers** weist darauf hin, dass der Rat einhellig beschlossen habe, dass der Alte Markt aufgewertet und dafür ein entsprechender Rahmenplan erstellt werden solle. **Er** halte vor diesem Hintergrund die Anschaffung dieser „Pop-ups“ für eine eklatante Steuerverwendung. Die vorgestellten Bilder seien nicht ausreichend gewesen. Seine Fraktion werde ebenfalls nicht zustimmen.

**Frau Beckmann** bestätigt, dass Nachhaltigkeit das vorrangige Gebot sei; aber diese sehe **sie** hier als erfüllt an, da diese auch an anderer Stelle Verwendung finden könnten. Man wisse heute nicht, wann der Gesamtumbau des Alten Marktes erfolgen werde. Derzeit habe man dort eine Steinwiese, die über keinerlei Aufenthaltsqualität verfüge. Diese wolle man durch eine kurzfristige Anschaffung verbessern, die aus ihrer Sicht nachhaltig sei. Ihre Fraktion werde für diese Anschaffung stimmen.

**Frau Montigny** erklärt, dass der Stadt aktuell Fördermittel zur Verfügung stehen, die auch ausgegeben werden sollen. **Sie** könne die Bedenken der anderen Fraktionen nicht nachvollziehen und fordert diese auf, eigene Vorschläge zu machen. Beispielsweise würden in Varel von solchen Fördermitteln einheitliche Sonnenschirme angeschafft werden; dieses halte **sie** aber für keine gute Idee.

**Herr Udo Albers** geht auf die Aussage von Frau Beckmann bezüglich der Wiederverwendbarkeit der „Pop-ups“ ein und führt aus, dass es in Jever keine Holzmöbelstücke gebe, die langfristig gepflegt werden. Zudem solle im Rahmen des Sanierungsgebietes von der Schlachte bis zur Lindenallee das Sitzmobiliar umgestaltet werden, so dass solche Sitzgelegenheiten nicht gebraucht werden. Hier solle das Geld sinnlos ausgegeben werden.

**Herr Rüstmann** erläutert zum Verfahren, dass die Ausschreibung für den Rahmenplan für den Alten Markt morgen versendet werde. Der Rahmenplan müsse bis Ende März 2023 erledigt sein, sodass dann mit der Aufwertung begonnen werden kann. Das Budget der Fördermittel für die Initiative Innenstadt belaufe sich auf 355.000,00 Euro. Die Verwaltung habe verschiedene Projekte selbst entwickelt und vorgestellt. Man könne beispielsweise auch ein Innenstadtkonzept beauftragen; hier sei es aber fraglich, ob diese im Rahmen der Förderzeitraums erarbeitet werden könne. Es müssten nicht zwangsläufig „Pop-ups“ gekauft werden, um die Fördermittel auszugeben. Die Verwaltung akzeptiere alles, was die Mehrheit beschließe.

**Herr Theemann** erinnert daran, dass es sich bei den Fördermitteln um das Geld der Steuerzahler handele, das eine nachhaltige Verwendung finden sollte. Die vorgeschlagene „Pop-ups“ brauche man nicht. Aus seiner Sicht fehle ein roter Faden, damit man, wenn man Fördergelder generiert habe, dafür auch sinnvolle Verwendungsmöglichkeiten habe.

**Bürgermeister Albers** schlägt vor, dass die Verwaltung bis zum VA darstellen könne, welche Möglichkeiten der Förderung es gebe. Die Beschlussempfehlung könne auch an den VA gegeben werden.

**Herr Harjes** fasst zusammen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag für die Anschaffung von „Pop-ups“ gemacht habe, während von den anderen Fraktionen keine Vorschläge gekommen seien. Ziel sei es, den Alten Markt kurzfristig zu beleben. Für die zukünftige Nutzung der angeschafften „Pop-ups“ seien Verwendungen bei den Dorfgemeinschaftshäusern Moorwarfen, Cleverns oder auch Sandelermöns denkbar. Man wisse, dass die Neugestaltung des Alten Marktes Jahre dauern könne und wolle darauf nicht warten.

**Die Vorsitzende** weist darauf hin, dass man sich das Portfolio an Möglichkeiten im VA ansehen könne.

**Herr Dr. Bollmeyer** erklärt, wenn die „Pop-ups“ nur ein Vorschlag seien, dass dann heute keine Entscheidung getroffen werden sollte. **Er** appelliert an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, heute auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten und im VA einen abschließenden Beschluss zu fassen.

Diesem Vorschlag schließen sich alle Anwesenden an.

Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

## **TOP 8. Vorstellung des Projektes Biodiversitäts-Solarpark Jever Vorlage: MV/0087/2021-2026**

**Die Vorsitzende** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Brüggemann und Mester von der Fa. Wattmanufactur GmbH & Co.KG und Frau Tammen von der Regionalplanung des Landkreises Friesland.

**Herr Brüggemann** erläutert sodann anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation den Ursprung und den Sinn für den Ausbau der Photovoltaik als erneuerbare Energie und gibt eine Übersicht der von seiner Firma projektierten und betriebenen Anlagen. **Er** erklärt eingehend die ökologischen Maßnahmen, die bei den bereits bestehenden Anlage durchgeführt worden seien und stellt dann den geplanten Biodiversitäts-Solarpark Jever mit den ökologischen Maßnahmen vor. In der Folge informiert **Herr Brüggemann** über mögliche Mehrwerte für die Gemeinde und einem Modell der Bürgerbeteiligung. Abschließend weist **er** darauf hin, dass nach dem derzeitigen Landesraumordnungsprogramm die Realisierung in diesem Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft nicht zulässig ist, hier aber eine Änderung zu erwarten sei.

Auf die Frage **der Vorsitzenden** nach dem Eigentümer dieser Flächen antwortet **Herr Brüggemann**, dass diese von seiner Firma angepachtet worden seien.

**Herr Dr. Bollmeyer** erklärt, dass viele Fragen durch die Präsentation beantwortet worden seien. **Er** erkundigt sich nach der Laufzeit der Anlage. **Herr Brüggemann** erwidert, dass die geförderte Laufzeit 20 Jahre betrage und für den Pachtvertrag weitere Optionen für 2 x 5 Jahre bestehen. Danach könnten die Flächen wieder zurückgebaut und landwirtschaftlich genutzt werden.

**Frau Beckmann** lobt den Vortrag und erkundigt sich, wie groß im Rahmen der Bürgerbeteiligung die Anteile voraussichtlich seien. **Herr Brüggemann** antwortet, dass man dieses zu gegebener Zeit mit der Gemeinde abstimmen würde. Nach bisherigen Erfahrungen können man von einem Mindestanteil von 1.000,00 Euro und maximal von 2.500,00 Euro ausgehen. **Frau Beckmann** fragt, wie hoch die Module über der Oberfläche montiert werden. Herr Brüggemann erklärte, dass diese in einer Höhe von 0,80 m beginnen und in 3 m Höhe enden. Dazu komme eine 4 m hohe Trafostation. Das gesamte Gelände solle dann in Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde eingegrünt werden.

**Die Vorsitzende** erteilt **Frau Tammen** von der Regionalplanung des Landkreises Friesland das Wort, die anhand der beigefügten Präsentation die derzeitige Rechtslage aufzeigt. Derzeit gelte das Landesraumordnungsprogramm aus dem Jahre 2017, wonach diese Planung, die laut dem Regionalen Raumordnungsprogramm 2020 in einem landwirtschaftlichen Vorbehaltsgebiet nicht zulässig sei. **Sie** erläutert, welche Flächen bereits heute für die Entwicklung von Freiflächen-PV-Anlagen genutzt werden dürfen.

**Frau Tammen** führt aus, dass das Landesraumordnungsprogramm derzeit novelliert werde und im 1. und 2. Entwurf Neuregelungen bezüglich der Entwicklung von Freiflächen-PV-Anlage in Vorbehaltsgebieten für Landwirtschaft vorgesehen seien. Danach könnte, wenn das Landesraumordnungsprogramm so verabschiedet werde, das Projekt realisiert werden. Es sei aber nicht klar, wann der Landtag darüber abschließend beschließe. Hierzu könne sie keine Aussage treffen.

**Die Vorsitzende** stellt fest, dass derzeit keine Möglichkeit bestehe, einen Bebauungsplan aufzustellen. **Frau Tammen** rät auf Anfrage dazu, dass Bauleitplanverfahren erst einmal zurückzustellen und bis zum Herbst abzuwarten. Man hoffe, dass noch vor den Landtagswahlen die Novellierung des Landesraumordnungsprogramms erfolgen werde.

**Frau Tammen** empfiehlt, die Zeit zu nutzen, um sich darüber klar zu werden, in welchen Bereichen man Photovoltaikanlagen haben möchte und in welchen Bereichen nicht.

**Herr Rüstmann** erklärt, dass die Fa. Wattmanufactur einen Antrag auf Einleitung des Bauleitplanverfahrens für dieses Projekt gestellt habe. Man habe sich nach Rücksprache mit Frau Tammen darauf verständigt, mit einer Vorlage für den Aufstellungsbeschluss abzuwarten, bis die Novelle des LROP verabschiedet worden sei.

**Herr Brüggemann** regt an, bereits jetzt eine Potenzialanalyse für PV-Anlagen zu beauftragen. Hierfür solle man ein Planungsbüro beauftragen. Seitens seiner Firma würde dafür eine Kostenübernahme zugesichert werden. Er könne nachvollziehen, wenn die Stadt Jever derzeit keinen Aufstellungsbeschluss fassen wolle, obwohl andere Gemeinden dies auch anders handhaben würden.

**Bürgermeister Albers** erklärt, dass er Frau Tammen so verstanden habe, dass die Stadt sich bereits jetzt schon Gedanken machen solle, wie man mit dem Thema PV-Anlagen in der freien Landschaft umgehen wolle. Hier sollte der Ball aufgenommen werden. **Herr Brüggemann** erklärt, dass, wenn mehrere Anträge vorgelegt werden sollten, eine Steuerung erforderlich sei. Solch eine Potenzialanalyse sei dann auf Standorte zu beziehen und nicht auf Energiekonzepte. Versierte Stadtplaner würden sich damit auskennen.

**Herr Dr. Bollmeyer** erklärt, dass er überrascht von der Vorgehensweise sei. **Er** habe gedacht, dass dies der Auftakt zu einem Bauleitplanverfahren sei. **Er** habe nun die Befürchtung, dass das Projekt zerredet werde, wie bei der Windenergie. Eine Vorstellung in nichtöffentlicher Sitzung wäre evtl. sinnvoll gewesen. Herr Rüstmann führt dazu aus, dass er 2 Kontakte mit den Vertretern der Fa. Wattmanufactur gehabt habe; zuletzt in der letzten Woche. In diesem Rahmen sei darüber diskutiert worden, ob eine Vorstellung in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung erfolgen solle. Der Investor habe darum gebeten, die Vorstellung in öffentlicher Sitzung vorzunehmen.

**Herr Theemann** stellt fest, dass man diesbezüglich nichts zu verbergen habe. Solche Verfahren sollten transparent durchgeführt werden. Man müsse frühzeitig ganzheitlich überlegen. **Er** erkundigt sich, ob man konkrete Informationen über die Änderung des LROP absehen und nun starten könne, oder erst bis zum Herbst abwarten müsse. **Frau Tammen** erwidert, dass es zum 1. und 2. Entwurf bis heute keinen Erörterungstermin für alle beteiligten Träger gegeben habe. Erst wenn ein solcher Erörterungstermin stattgefunden habe, könne man sagen, in welche Richtung es genau gehe. Eine Konzeption über den Umgang mit PV-Anlagen könne man losgelöst davon entwickeln. **Herr Theeman** erklärt, dass man eine solche Konzeption auf das LROP als Grundlage aufsetzen müsse. Es handele sich um eine wichtige Randbedingung. **Frau Tammen** schlägt vor, den Erörterungstermin abzuwarten. Wenn dieser erfolgt sei, könne von ihrer Seite auch konkreter etwas gesagt werden. Der Aufstellungsbeschluss heute sei nicht empfehlenswert, wobei ein Standortkonzept davon losgelöst sei.

**Die Vorsitzende** stellt fest, dass der Aufstellungsbeschluss für ein Bauleitplanverfahren heute nicht auf der Tagesordnung stehe. Man habe aber aus den Aussagen von Frau Tammen mitgenommen, dass man sich Gedanken über potenzielle Flächen für PV-Anlagen machen müsse. Dies sei ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung. **Bürgermeister Albers** stimmt dieser Aussage zu. Die Verwaltung werden sich schlau machen, wie man die Gesamthematik angehen solle und werde den Gremien dann einen Vorschlag unterbreiten.

Zur Kenntnis genommen.

**TOP 9. Ausstattung des Kinderspielplatzes „Am Moorlandstief / Katharinenstraße“ mit einem Entwässerungssystem;  
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18. Januar 2022  
Vorlage: AN/0067/2021-2026**

**Die Vorsitzende** betont, dass es sich lediglich um einen Befassungsantrag handele.

**Herr Dr. Bollmeyer** erklärt, dass der Antrag sehr konkret verfasst sei. Auf vielen anderen Spielplätzen sei ebenfalls eine große Menge Oberflächenwasser vorhanden und ein Entwässerungssystem notwendig. **Er** stellt deswegen an die Antragsteller die Frage, ob der Beschlussvorschlag dahingehend geändert werden könne, dass nicht nur der genannte Spielplatz, sondern im Zuge der Spilleitplanung alle Spielplätze hinsichtlich eines benötigten Entwässerungssystems bewertet werden. Der genannte Spielplatz könne nach einer Bewertung priorisiert bearbeitet werden.

**Die Vorsitzende** stellt fest, dass dies kein Problem darstellen sollte. Wichtig sei, sich mit dem Thema zu befassen. **Frau Beckmann** sieht auch keine Probleme in der Änderung der Beschlussfassung. Wichtig sei ihr, dass sich zeitnah damit befasst werde. Aktuell seien die Ausmaße der Oberflächennässe überall deutlich zu sehen; dies sei im Frühling nicht mehr der Fall.

**Herr Theemann** wirft ein, dass im gleichen Zuge auch die Bolzplätze betrachtet werden sollten. Dem Vorschlag stimmen alle zu.

**Herr Dr. Bollmeyer** plädiert dafür ein Gesamtpaket für Kinderspielplätze und auch Schulhöfe von der Verwaltung vorgestellt zu bekommen und nicht lediglich die Kosten für jeden einzelnen Spielplatz. Bauliche Einzelheiten könnten im Detail nachträglich geklärt werden.

**Bürgermeister Albers** weist darauf hin, dass ein entsprechendes Gesamtpaket wegen des Arbeitsaufwandes nicht schon in der nächsten Sitzung vorgestellt werden könne. Er bittet darum, die Beschlussempfehlung entsprechend anzupassen.

**Die Vorsitzende** lässt über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft soll sich in einer seiner nächsten Sitzungen inhaltlich mit dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2022 befassen, schnellstmöglich sachgerechte und funktionale Entwässerungssysteme auf den Spiel- und Bolzplätzen der Stadt Jever zu installieren.“**

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

**TOP 9.1. Verlegung Abwasserkanal Johannes-Brahms-Straße; Zustimmung zu einer entgeltpflichtigen Maßnahme  
Vorlage: BV/0094/2021-2026**

Die **Vorsitzende** lässt ohne weitere Aussprache über die Beschlussempfehlung abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

***Der entgeltpflichtigen Maßnahme „Schmutzwasserkanal Bolzplatz Johannes-Brahms-Straße“ wird zugestimmt.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

**Eigene Zuständigkeit:**

**TOP 10. Genehmigung des Protokolls Nr. 2 vom 26.01.2022 - öffentlicher Teil -**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**TOP 11. Mitteilungen der Verwaltung**

- keine –

**TOP 12. Anfragen und Anregungen**

**TOP 12.1. Anfrage von Herrn Dr. Bollmeyer**

**Herr Dr. Bollmeyer** nimmt Bezug auf die erfolgte Anfrage in der Einwohnerfragestunde bezüglich des gerissenen Rehes. Im Verwaltungsausschuss habe er darauf hingewiesen, dass auf dem ehemaligen Sportplatz Hunde frei laufen. Er sei überrascht von der Reaktion der Verwaltung hinsichtlich einer Strafanzeige. Seines Erachtens gebe es in der Stadt Probleme mit freilaufenden Hunden. **Herr Rüstmann** weist darauf hin, dass es weder die Aufgabe des Umweltbeauftragten noch die des Bauamtes sei, diese Dinge zu verfolgen, sondern evtl. Aufgabe des Ordnungsamtes. Er werde das Ordnungsamt informieren und um eine Stellungnahme bitten.

**TOP 12.2. Anfrage von Herrn Theemann**

**Herr Theemann** erkundigt sich, wann eine Sanierung der Altenwohnungen in der Raiffeisenstraße in energetischer Hinsicht erfolge. **Herr Rüstmann** erwidert, dass die Sanierung der Altenwohnungen der Stadt Jever laufend erfolge. Es gebe ein Sanierungskonzept, das nach und nach abgearbeitet werde. Aus diesem Grunde seien die Ansätze für die Bauunterhaltung erhöht worden.

**TOP 12.3. Anfrage von Herrn Udo Albers**

**Herr Udo Albers** weist auf die Explosion der Energiepreise hin und erkundigt sich nach der Vertragsgestaltung mit der EWE bezüglich der Gaspreise. **Herr Rüstmann** erklärt, dass man sich im Rahmen der Ausschreibung den Arbeitspreis für die nächsten Jahre gesichert habe.

**TOP 12.4. Anregung von Frau Beckmann**

**Frau Beckmann** regt an, dass während der Sitzung, wie im Rathaus auch, fair gehandelte Getränke ausgeschenkt werden.

**TOP 13. Schließen der öffentlichen Sitzung**

**Die Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:29 Uhr.

Genehmigt:

Elke Vredenburg

Jan Edo Albers

Rieke Schepers

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in